



★ **ADRIAN HASLER** 
Regierungschef Liechtensteins

«Wir werden unseren Weg konsequent weitergehen»

Dass die EU-Kommission Liechtenstein auf eine neue schwarze Liste von in Steuerfragen unkooperativen Staaten gesetzt hat, ist für Regierungschef Adrian Hasler inakzeptabel. Diese Liste rücke das Land ungerechtfertigt in ein schlechtes Licht. Dennoch schmiedet Adrian Hasler weiterhin an der Strategie zur Steuerkonformität.

TEXT: GÜNTHER FRITZ, BILDER: MARTIN WALSER

★ **ADRIAN HASLER** Regierungschef Liechtensteins

Herr Regierungschef, in welchen Situationen spüren Sie besonders, dass Ihr Herz für Liechtenstein brennt?

Adrian Hasler: In meiner Funktion bin ich oft im Ausland unterwegs. Wenn ich dabei die Unterschiede erlebe oder wenn ich die Gelegenheit habe, Liechtenstein zu erklären, dann wird mir immer wieder bewusst, wie toll unser Land doch ist. Da erwacht dann schon Nationalstolz. Ich komme ins Schwärmen und spüre, wie mein Herz für Liechtenstein brennt.

Inwieweit war bei Ihnen Feuer am Dach, als Sie Mitte Juni mit der Meldung konfrontiert wurden, dass die EU-Kommission Liechtenstein auf eine neue schwarze Liste von Staaten gesetzt hat, die in Steuerfragen unkooperativ seien?

Als ich mit dieser Meldung konfrontiert wurde, war ich sehr verärgert über das Vorgehen der EU-Kommission. Es ist willkürlich und nicht akzeptabel, dass die EU-Kommission Liechtenstein als unkooperativen Staat bezeichnet. Den Vorwurf der fehlenden Steuerkooperation mit der EU weise ich entschieden zurück. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Liste haben wir klar und unmissverständlich unsere Position sowohl dem zuständigen EU-Kommissar als auch dem EU-Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein dargelegt. Auch die Botschafter aller EU-Staaten haben wir informiert und um Unterstützung gebeten. Nicht zuletzt dank dieser Unterstützung hat die EU-Kommission nur zwei Tage später eine Erklärung abgegeben. Sie hält darin fest, dass sie die Zusammenarbeit wie auch die Rolle Liechtensteins bei der Steuertransparenz und dem Informationsaustausch in Steuersachen ausdrücklich schätzt. Damit relativiert die EU die Bedeutung der veröffentlichten Liste und offenbart selbst die Schwächen dieses Ansatzes. Der Schaden für die Reputation Liechtensteins ist jedoch bereits da. Diese Liste rückt Liechtenstein ungerechtfertigt in ein schlechtes Licht und torpediert die Anstrengungen der letzten Jahre. Ich möchte betonen, dass wir dennoch an unserer Strategie zur Steuerkonformität festhalten und diesen Weg auch konsequent weitergehen. Im Sinne eines verantwortungsvollen und partnerschaftlichen Handelns erwarte ich jedoch, dass die von der EU publizierte Liste aus dem Internet

entfernt oder Liechtenstein von der Liste gelöscht wird.

Inwiefern werden die Bestrebungen der EU in Richtung Harmonisierung der Firmenbesteuerung am Ende eine Anpassung der liechtensteinischen Steuergesetzgebung nach sich ziehen?



«Feurig»

Ein Thema, das aktuell brodel
Griechenland

Ein brandheisses Thema der
Zukunft
Die EU und der Euro

Dafür entflammt mein Herz
Familie & Freunde

Auf diese zündende Idee
bin ich stolz
Innovationsclubs und Forum U30

Daran habe ich mir schon
die Finger verbrannt
Heisse Herdplatte

Das muss sich noch zeigen. Wichtig ist, dass der Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung, der sogenannte Code of Conduct, kein rechtsverbindliches Instrument ist. Mit der Annahme des Code of Conduct verpflichten sich die Mitgliedstaaten, geltende steuerliche Massnahmen, die als schädlicher Steuerwettbewerb einzustufen sind, zurückzunehmen und künftig keine derartigen Massnahmen mehr zu treffen. Für Liechtenstein bietet der Dialog mit der EU die Chance, Zweifel an unserem Steuersystem auszuräumen und damit die Aufnahme von DBA-Verhandlungen zu erleichtern. Ebenso besteht die Chance, dass bestehende Diskriminierungen durch andere Staaten aufgehoben werden.

War die Verbannung Liechtensteins ins Fegefeuer der EU ein Rückschlag für die bisherige Abkommenspolitik? Wie soll die Finanzplatzstrategie der Regierung künftig ausschauen?

Wie ich bereits ausgeführt habe, musste die EU-Kommission im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der neuen schwarzen Liste sehr viel Kritik von den Mitgliedsstaaten einstecken. Auch die OECD und das Global Forum haben die EU-Kommission scharf kritisiert. Dies zeigt mir, dass sich unsere Abkommenspolitik bewährt hat und wir auf eine breite Unterstützung zählen dürfen. Folglich werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

Als Teil der sogenannten Early Adopters Group ist Liechtenstein bereit, den neuen globalen Standard zum automatischen Informationsaustausch ab 2017 anzuwenden. Wie ist Liechtenstein dafür gerüstet und was bedeutet dies für die Finanzplatzakteure?

Das Zeitfenster für die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches ist sehr eng. Sowohl die staatliche Seite wie auch die Finanzplatzakteure arbeiten mit Hochdruck an der Umsetzung. Der innerstaatliche Rechtsrahmen soll per 1. Januar 2016 in Kraft treten. Die Regierung hat den Bericht und Antrag bereits verabschiedet und der Landtag wird sich an seiner September-Sitzung mit diesem Thema befassen. Im Vorfeld waren die Wirtschaftsverbände sehr eng in die Erarbeitung dieser Vorlage eingebunden. Die Realisierung der technischen Lösung bei der Steuerverwaltung ist in Arbeit und auch die Finanzdienstleister haben noch viel Ar

bevor sich, um die Daten für den Informationsaustausch aufzubereiten.

Als Finanzminister konnten Sie trotz eines Betriebsdefizits von 72 Mio. Franken eine positive Landesrechnung 2014 präsentieren. Wie sehen Sie die Chancen, bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode einen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können?

Die aktuellen Zahlen zeigen deutlich auf, dass wir auf Kurs sind. Die drei Massnahmenpakete sind weitgehend umgesetzt und die Ausgaben haben wir im Griff. Auf der Einnahmenseite bestehen jedoch nach wie vor grosse Unsicherheiten. Für 2015 haben wir ein ausgeglichenes Budget vorgelegt und ich gehe davon aus, dass wir dies auch einhalten werden. Wenn die Rahmenbedingungen einigermaßen stimmen, bin ich für die kommenden Jahre zuversichtlich, dass wir unser Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts erreichen werden – aber dazu ist es unerlässlich, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Im Rahmen von Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen in der Landesverwaltung sollen ja auch die staatlichen Aufgaben hinterfragt werden. Wie weit sind diese Arbeiten gediehen und mit welchen Konsequenzen ist zu rechnen?

Das Projekt Leistungsanalyse ist in zwei Phasen gegliedert. Die erste Phase, in der die Leistungen der Ämter erfasst werden, ist mittlerweile abgeschlossen. Verschiedene Massnahmen sind bereits in Umsetzung oder werden noch näher abgeklärt. In der zweiten Phase werden die Ergebnisse nun zusammengeführt und Möglichkeiten zur Leistungsreduktion erarbeitet.

Die Sparpolitik Ihrer Regierung, insbesondere mit den noch anstehenden Reformen in den Bereichen Krankenversicherungsgesetz (KVG), AHV und betriebliche Personalvorsorge, führt vor allem zur Erhöhung der Lohnnebenkosten und zur Mehrbelastung des Mittelstandes. Wo setzen Sie hierbei die Schmerzgrenze?

Sie schaffen hier einen völlig unzulässigen Zusammenhang. Ich möchte klarstellen, dass die Sanierung des Staatshaushalts mit den erwähnten Reformen nur am Rande zu tun hat. Die Massnahmenpakete zur Sanierung des Staatshaushalts sind auf der Ausgabenseite praktisch abgeschlossen. Die anstehenden Reformen dienen jedoch

der Sicherung der Sozialwerke für die Zukunft. Beim KVG geht es primär darum, die Kostensteigerung im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Die vorgeschlagenen Massnahmen haben weder Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten noch führen sie zu einer Mehrbelastung des Mittelstandes. Bei der AHV-Revision geht es um die langfristige Sicherung unseres wichtigsten Sozialwerkes. Lediglich eine der vorgeschlagenen Massnahmen, die Anhebung des Beitragssatzes, führt zu einer leichten Erhöhung der Lohnnebenkosten, wobei der Beitragssatz immer noch unter dem Niveau der Schweiz liegt. Und die Reform der betrieblichen Vorsorge liegt im Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministers. Ich glaube kaum, dass er sich ohne Not für eine Erhöhung der Lohnnebenkosten und für die Mehrbelastung des Mittelstandes einsetzt.

Wie beurteilen Sie die finanziellen Möglichkeiten des Staates, in den kommenden Jahren wieder in grössere Projekte investieren zu können, und wofür hätten Sie diesbezüglich am meisten Feuer gefangen?

Die Finanzplanung bis 2018 zeigt einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Zudem verfügen wir über ein frei verfügbares Vermögen in Höhe von 1,3 Mrd. Franken. Das zeigt, dass die finanziellen Möglichkeiten durchaus vorhanden sind, in grössere Projekte zu investieren. Ein favorisiertes Projekt gibt es meinerseits noch nicht. Ich zähle auch auf die Innovationskraft des Landes und damit darauf, dass aus der Praxis Erfolg versprechende Projekte an uns herangetragen werden.

Das Thema Trennung von Kirche und Staat köchelt weiter vor sich hin. Was braucht es noch alles, um hier auf den Stufen Konkordat, Religionsgemeinschaftengesetz und Verfassungsänderung zu einer nachhaltigen Lösung zu kommen?

Vonseiten der Regierung und der Gemeinden sind die notwendigen Arbeiten erledigt. Die Verhandlungen zum Abkommen mit dem Heiligen Stuhl sind im Wesentlichen abgeschlossen und die Vorlagen zur Abänderung der Verfassung und des Religionsgemeinschaftengesetzes fertig ausgearbeitet. In neun Gemeinden wurden die Detailvereinbarungen mit den Pfarreien abgeschlossen. In den übrigen zwei Gemeinden, Balzers und Gamprin, wurde mit den vom Nuntius bestellten Vertretern ein Kompromiss erarbeitet und auch die entsprechenden Be-

schlüsse wurden gefällt. Sobald in diesen Gemeinden der formelle Abschluss erfolgt ist, kann auch das Abkommen mit dem Heiligen Stuhl finalisiert und anschliessend das Gesamtpaket dem Landtag vorgelegt werden. Sofern der entsprechende Wille zum Abschluss vorhanden ist, sind wir nur noch einen kleinen Schritt von einer endgültigen Lösung entfernt.

Welche Ziele haben Sie sich als Regierungschef auf jeden Fall noch für den Rest der laufenden Mandatsperiode gesetzt? Für welche Vorhaben haben Sie Feuer gefangen?

Für die Ausrichtung der Landesverwaltung auf die Zukunft. Mit der Aufgabenanalyse haben wir ein grosses Projekt lanciert, bei dem wir auf gutem Weg sind und im Bereich der Prozessoptimierung schon einiges erreicht haben. Es folgen weitere Schritte, damit wir mit einer effizienten Verwaltung die Anliegen unserer Kunden noch besser erfüllen können. In diesem Zusammenhang haben wir ein weiteres Projekt lanciert, um die Verwaltung im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses noch effizienter zu machen. Ein weiteres Thema, für das ich Feuer gefangen habe, ist die Stärkung der Innovationskraft. Mit «Impuls Liechtenstein» habe ich ein Programm initiiert, das mit der Schaffung von Innovationsclubs die Unternehmer zusammenbringt und ihnen ermöglicht, innovative Ideen zu entwickeln. Dieses Gefäss vereinfacht die direkte Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen und hilft uns, mit der Anpassung von Rahmenbedingungen auf aktuelle Bedürfnisse zu reagieren. Die Lancierung der Innovationsclubs ist in der Wirtschaft auf grosses Echo gestossen. Inzwischen gibt es rund 20 Innovationsclubs, die konkrete Vorschläge ausarbeiten, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu entwickeln.

Welche Symbolik vermag nach Ihren persönlichen Gedanken das traditionelle Feuerwerk am Staatsfeiertag auszustrahlen?

Wenn Metallsalze, der Hauptbestandteil von Feuerwerk, vor einem auf dem Tisch liegen, sind diese zwar teilweise farbig, aber doch recht unspektakulär. Investiert man aber Zündenergie, sorgen sie für Ahs und Ohs. Ich wünsche uns allen, dass wir uns gegenseitig die Energie geben, begeisternde Resultate zu erreichen.